



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1911

228 (17.5.1911) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-146509](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-146509)

General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion, Buchhaltung 1448
Druckerei-Bureau (Annahmen, Druckarbeiten) 341
Redaktion 877
Expedition und Verlagsbuchhandlung 218

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

70 Pfennig monatlich.
Dringender 30 Pf., monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag M. 2.25 pro Quartal.
Eingel.-Nummer 2 Pf.

Inserate:
Die Colonie-Zeile . . . 25 Pf.
Kurzfristige Inserate . . 50
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Gelieferte und verbreitete Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 228.

Mittwoch, 17. Mai 1911.

Abendblatt.)

Zum Fall Jatho

Schreibt der „Mail.-Ztg.“ ein rheinischer Pfarrer, der zwar manche theologische Ansichten Jathos nicht teilt, aber ihn doch als eine tief religiöse Natur anerkennen muß, folgendes:

Mit großer Anruhe, wachsender Beklemmung, ja mit tiefer Beschämung haben viele evangelische Kreise der Rheinprovinz das Verfahren verfolgt, das der königlich preussische Oberkirchenrat gegen den verdienstvollen, weit über seine Gemeinde hinaus sehr beliebten und geschätzten Pfarrer Jatho in Köln eingeleitet und das Spruchkollegium, diese neueste Einrichtung einer unfehlbaren Instanz in der evangelischen Kirche, übernommen hat. Unnützig und besorgt stehen die rheinischen Männer und Frauen, welche wissen, daß die evangelische Kirche mit der Freiheit steht und fällt, in dieser ersten Zeit da und beobachten die unevangelische, ja die unwürdige Inquisition, welcher Pfarrer Jatho sich zu unterwerfen hat, und die empörende Vergewaltigung, welche an einer evangelischen Gemeinde ohne irgend welche Bedenken vollzogen werden soll, sowie die unbedingten, gewissenlosen Heberei, welche die Vertreter der Orthodogrie mit immer größerer Hast und Wucht gegen Jatho treiben.

Welch ein unwürdiger, ja jeden echten Protestanten im höchsten Maße empörender Anblick: ein evangelischer Pfarrer, der an sich hohe, ja die höchsten Anforderungen stellt und in jeder Beziehung als ein hellenchtendes Vorbild unter den evangelischen Pfarrern dasteht, vor einem Inquisitionstribunal, vor einem Kegergericht, weil er in einzelnen theologischen Fragen, über welche selbst eine unfehlbare Instanz wie der Papst in Rom und das Spruchkollegium in Berlin keine unfehlbare Entscheidung treffen kann, eine die irdmliche Auffassung hat! Schon freut sich der große Parteichef der orthodoxen Scheiter, daß die erforderliche Majorität, wie Pfarrer Bronisch in Worms höhnisch meint, vorhanden ist und den Keher verurteilen wird. Turmhoch überragt Jatho seine Gegner, denen gegenüber er sich auf das Wort, die Inschrift an einem westfälischen Bauernhause, berufen darf: „Dass Keider weiden, Daffter hasen, was Gott mir gibt, müssen sie mir lassen.“ Wer Jatho und seine Wirksamkeit in der Kölner Gemeinde kennt, wird nur mit tiefstem Bedauern an die Mäßigkeit oder gar an die Wahrscheinlichkeit denken, daß ein so einzigartiger Pfarrer seiner Gemeinde durch rücksichtslose Gewalt genommen werden könne. Als Christ steht Jatho da als ein Vorbild jener tiefinnerlichen Frömmigkeit, welche aus dem Geiste Jesu Christi stammt und in einer auf eigenes Empfinden und eigene Erfahrung gegründeten Überzeugung beruht. Als Prediger verkündet er das einfache, von allen dogmatischen Bindungen und Vorbildungen befreite Evangelium Jesu mit der ganzen Kraft und Wärme seines begeisterten Herzens in einer so wunderbar ergreifenden, allen verständlichen modernen Sprache, daß seine Zuhörer wie unter einem Banner sich befinden. Als Theologe auf der Höhe der Wissenschaft stehend weiß er nicht nur in der Bibel, dem Katechismus und dem Gesangbuch Bescheid, sondern ist bekannt mit den großen Fragen und Ergebnissen der religions- und sittengeschichtlichen Forschungen und den Arbeiten der modernen Wissenschaften überhaupt. Als Pädagoge wirkt er durch einen gediegenen, frommen, freien, frischen, frohlichen Unterricht, besonders aber durch seine religiös-sittliche Persönlich-

keit auf das Herz und Gemüt seiner Schüler und schafft lebendige Persönlichkeiten, treue Mitglieder der evangelischen Gemeinde. Als Seelsorger versteht er es, mit seinem Takt und Partgefühl die Menschenherzen für alles Gute, Edle und Schöne, dessen eine Menschenseele fähig ist, zu begeistern. Als Mensch unter Menschen weilt er nicht an allen idealen Bestrebungen und gemeinnützigen Veranstaltungen, ein Freund und Helfer der kleinen Leute, stets bereit, ihnen Herz, Haus und Hand zu öffnen, so weit es in seiner Macht steht. Freilich bei aller Anerkennung des tiefen religiösen Lebens, das Jatho in seiner Seele trägt und in seiner Gemeinde pflegt und fördert, müssen wir doch offen gestehen, daß in Jathos religiöser Weltanschauung theoretische Unvollkommenheiten vorhanden sind, ja, daß die Stellung, welche er zu den Fragen über Gott und Welt einnimmt, völlig unklar und auch voller Widersprüche ist. Während aus einigen seiner Äußerungen entnommen werden kann, daß er, wie der extreme Pantheismus, Gott und die Welt völlig gleichsetzt, geht aus anderen hervor, daß er den Glauben an einen in der Welt wohnenden (immanenten), aber über die Welt erhabenen, sich selbst bewußten (transzendenten) Gott festhält. Sagt er doch in seiner Antwort an den Oberkirchenrat: „Im Menschen kommt es zu bewußten d. h. persönlichen, sittlichen und religiösen Beziehungen zur Gottheit, welche dann von Gott bewußt aufgenommen werden und sich darstellen als Liebe und Gegenliebe, als Glaube und Offenbarung, als Hoffnung und Erfüllung. Ich fühle die beständige und bewußte Wechselwirkung von ihm auf mich, von mir auf ihn als ein väterlich-kindliches, so daß ich sagen kann: Ich und der Vater sind eins.“

Der Landgerichtsrat Kulemann hat Recht, wenn er in Nr. 119 der „Frankfurter Zeitung“ behauptet: „Er ist kein Mann des begrifflichen Denkens, sondern ein Apostel des religiösen Gemüts, kein Philosoph, sondern ein Dichter. Seine Stärke ist nicht Logik und Dialektik, sondern die Fähigkeit, Vegetation zu empfinden und zu weiden. Also ein Mann nicht der Theorie, sondern der Praxis. Was von diesen beiden soll nun für die Zugehörigkeit zum Christentum entscheiden? Damit ist die Frage, um die es sich handelt, hergestellt, aber auch zugleich beantwortet, denn wer wird daran denken, das Wesen des Christentums in abstrakten Begriffen zu sehen! Gegen die Erklärungen Jathos sind von hervorragenden Vertretern der liberalen Theologie schwere Bedenken erhoben. . . . Aber das schließt nicht aus, daß man die innere Frömmigkeit und die segensreiche Wirksamkeit Jathos, die von keiner Seite bestritten wird, für wichtiger hält, als theoretische Unvollkommenheiten.“

Wenn diese Bedenken eines kirchlich interessierten warnherzigen Juristen bei der Entscheidung des Spruchkollegiums den Ausschlag geben würden, dann würde Jatho eine glänzende Freisprechung erleben. Wie die Entscheidung fallen wird, wer mag das vorherbestimmen? Jedenfalls hängt von ihr sehr viel ab, freilich nicht die Zukunft des freieren Christentums, das in seinem Siegeszuge weder durch die Bureaucratie der Konsistorien, noch durch die Verurteilung Jathos, noch durch die unbedingte Kampfweise der Orthodogrie aufgehalten werden kann, sondern vielmehr, besonders hier im Westen, immer weitere Kreise ergreift. Aber von dieser Entscheidung hängt die Beantwortung der Frage ab, ob in der Kirche der Gewissens- und Lehrfreiheit der Widerspruch zum Gesetz erhoben werden soll, daß ein Gerichts-

hof die Lehre des Evangeliums regelt, ob das geistliche Amt in der evangelischen Kirche durch richterliche Sprüche gebunden und dadurch die geistige Macht des Protestantismus bedroht werden soll, ob es den kirchlichen Behörden und dem Spruchkollegium gestattet ist, mit ihren fehlerhaften Entscheidungen eine ganze Gemeinde zu vergewaltigen, zu entziehen, zu entmündigen, ja selbständige Männer und Frauen, welche in ihrer Weise Gott anbeten und Christum verehren, als Sklaven zu behandeln. Eine ungeheure Verantwortung ist es, welche die Mitglieder des Spruchkollegiums auf sich nehmen; sie sind sich gewiß alle dieser großen Verantwortung bewußt. Wünschenswert, ja unbedingt erforderlich ist es, daß die Männer, welche eine so wichtige Entscheidung herbeiführen sollen, persönlich sich von den kirchlichen Verhältnissen in der evangelischen Gemeinde Köln überzeugen. Das hat unseres Wissens bisher nur der Professor der Theologie Loofs getan, der am Ofterfest den Hauptgottesdienst und Kinder-gottesdienst, welcher von Pfarrer Jatho geleitet wurde, besuchte hat. Der königlich-preussische Oberkirchenrat aber ist, soweit wir berichtet sind, der aus der Kölner Gemeinde an ihn gerichteten Bitte, ein Mitglied zu entsenden und persönliche Führung zu nehmen, noch immer nicht nachgekommen. Welche Kreise der rheinischen Provinzialkirche erwarten, daß dieser berechtigte Wunsch endlich erfüllt wird.

Worms und Dr. Lohmann.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht das Mainzer Tageblatt eine Zuschrift aus ihrem Wahlkreis, die in vorzüglicher Weise in die Wormser Ecke hineinleuchtet:

Die „Worms. Ztg.“ weiß doch aus allen Blüten Honig zu saugen. Sie bringt es jetzt sogar fertig, die Rede des Abg. Dr. Lohmann, die wir am Donnerstag veröffentlicht haben, als eine Rechtfertigung der unheilvollen Politik hinzustellen, die die politisch unbedeutende „Wormser Ecke“ betreibt. Gausfächlich die Stelle der Rede, worin Lohmann erklärte, daß nichts dagegen einzuwenden sei, wenn die Nationalliberalen in einzelnen Teilen des Reichs, z. B. in Westfalen, mit den Konservativen zusammengehen, da eine spätere Wiedervereinigung mit den Konservativen ja doch eine vaterländische Notwendigkeit sei, hat das höchste Entzücken der „Wormser Ecke“ erregt. Mit all der Bescheidenheit, die eine Fierde der Wormser Fronteure bildet, zieht man aus diesen Worten Lohmanns den Schluss, daß das, was Lohmann über Westfalen gesagt hat, nunmehr auch ohne weiteres für Hessen zutrifft. Man scheint in Worms neuerdings an politische Begriffsverwechslung zu leiden. Herr Dr. Lohmann sprach doch nur von den Konservativen. Mit keinem Worte sprach er von einem Zusammengehen oder Bündnis mit dem Bund der Landwirte und dem Zentrum, das ja seit Jahren das A und O der Wormser Politik bildet. Eine konservative Partei gibt es gar nicht in Hessen. Vielleicht aber will man in Worms jetzt behaupten, daß Bund der Landwirte und Konservative eins seien und daß der Begriff Konservativismus identisch sei mit der Agrar-demagogie der Dahn und Röhde? Damit würde man sich in Worms jetzt endlich zu dem Eingeständnis bequemen, daß diejenigen nationalliberalen Kreise recht haben, die behaupten, daß die konservative Partei zurzeit nichts anderes als ein Anhängsel des Bundes der Landwirte und ein von diesem und dem Zentrum abhängiges Scheingebilde ohne Selbständigkeit sei. Und dieses Parteigebilde soll der Abg. Lohmann im Auge gehabt haben, als er einer späteren Wiedervereinigung an die Konservativen — nicht an den Bund

Feuilleton.

Die Vorbestimmung des Geschlechts.

Die neueste Errungenschaft in der Embryologie.

(Nachdruck verboten.)

Wenn immer das Wort „Geschlechtsbestimmung“ erklingt, dann denkt man unwillkürlich an den Wiener Embryologen Professor Samuel Leopold Schenk, der plötzlich um die Jahrhundertwende die alte und neue Welt mit seinem Namen erfüllte, der entdeckt haben wollte, wie man die Geschlechtsbestimmung selbst vornehmen kann und nicht mehr auf die Launen des Schicksals oder Zufalls angewiesen ist. Doch auch die Schenk'schen Theorien machten in der Praxis Fiasco, so daß der Name Schenk (ganz zu Unrecht) einen humoristischen Beigeschmack erhielt. Und wieder blieb die Menschheit, deren Auge heute schon die fernsten Weltenkörper zu erforschen und zu erblicken vermag, die im unendlichen Welt-raum genau so zu Hause ist wie ein Kind in seiner Wiege, im Dunkeln, um das Geheimnis der Menschwerdung, bzw. der Geschlechtsvererbung. Solange die medizinische Forschung als strenge Wissenschaft besteht, solange haben sich auch die Capacitäten der Embryologie mit der Frage der Vorbestimmung des Geschlechts beschäftigt und sind zu den mannigfachen Resultaten gelangt, die sich aber meistens, als die Probe aufs Exempel gemacht wurde, nicht als stichhaltig erwiesen. Darum horchte man doppelt aufmerksam hin, als in diesen Tagen in der Öffentlichkeit und in der Presse die Meldung auftauchte, daß es dem Rottacher Arzte Dr. Otto Schöner gelungen sei, abstrakte Normen für die Vorbestimmung des Geschlechts aufzustellen, Normen, die auch bereits ihre praktische Probe bestanden hätten.

Man wird nicht leugnen können, daß die Vorbestimmung des Geschlechts von weittragender Bedeutung in jeder Beziehung

ist. Um nun authentisch zu erfahren, was an der Zeitungsmeldung wahr sei, wandte ich mich brieflich an Herrn Dr. Otto Schöner in Rottach am Tegernsee und bat im bejahenden Falle um Uebersendung eingehenden Materials, das mir eine allgemeine verständliche Publikation ermöglichen und Herr Dr. Schöner erfüllte meine Bitte.

Zunächst wird man erstaunt sein, wenn man hört, daß diese Schöner'schen Forschungen absolut nicht neuesten Datums sind, denn die „Klinisch-therapeutische Wochenschrift“ brachte bereits in Nr. 44 vom Jahre 1906 ein Abhandlung aus der Feder Dr. Otto Schöner's selbst, die betitelt war: „Bestimmung des Geschlechts am menschlichen Ei vor der Befruchtung und während der Gravidität.“ Diese Arbeit enthielt bereits alles Wichtige und Wissenswerte, machte mit den Einzelheiten der Errungenschaft bekannt. Daß wir es hier mit einer ersten Sache zu tun haben, geht wohl auch daraus hervor, daß Dr. Otto Schöner von seinen Forschungen, Beobachtungen und Berechnungen vor einem Kreise bedeutender Mediziner in einem Vortrage in der gynäkologischen Gesellschaft in München Mitteilung machte, daß Dr. Schöner als Kronzeugen für seine Untersuchungen eine der bedeutendsten medizinischen Autoritäten, Professor Döderlein-München anführt. Sache der Kliniker und Ärzte ist es, die von Dr. Schöner aufgestellten Resultate nachzuprüfen und ihrerseits weitere Proben über die Wichtigkeit der Schöner'schen Forschung aufzustellen.

Bevor auf die Grundprinzipien dieser Entdeckung auf dem Gebiete der Geschlechtsvererbung eingegangen sei, erfahre man, daß Dr. Schöner unfruchtig Erfolge zu verzeichnen hat, denn nach seinen eigenen Angaben hat er auf Grund seiner Forschungsresultate von 105 Untersuchungen bei 73 Frauen seine Forschung bestätigt gefunden. Das ist ein Prozentsatz von 71,4, der so eroditant hoch ist, daß die Embryologie an diesem Ergebnis nicht stillschweigend vorübergehen kann.

Und nun zur Sache!

Dr. Schöner ging von dem Satze aus, daß eine Geschlechts-

Gattung gebar ihm 1901 und 1904 unter erschwerenden Umständen jedesmal ein Mädchen. Dieser Umstand (sich folge den eigenen Worten Dr. Schöner's), daß beide Kinder gleichen Geschlechts und beide im gleichen Monat geboren waren, gab dem Arzte zu denken, er kam zu dem Grundprinzip seiner Forschung, das darin besteht, daß die Geschlechtsanlage bereits im unbefruchteten Eium enthalten sein müsse. Genauere Untersuchungen ergaben, daß bei der Reifigkeit der Frau jedesmal bald in dem rechten, bald in dem linken Ovarium ein Ei zur Reife kommt. Aus dieser wissenschaftlich feststehenden Tatsache baute Dr. Schöner weiter auf, da es unklar ist, daß das Geschlecht der Nachkommenschaft ausschließlich mütterlicherseits bestimmt wird. Dr. Schöner vermochte im ersten Stadium seiner Forschung auf Grund seiner Prinzipien bei 15 von 20 befruchteten Frauen das kommende Geschlecht richtig voranzubestimmen. Dieses Resultat veranlaßte den Arzt, die Angelegenheit bis ins Kleinste weiter zu verfolgen. Die Vermutung, daß in den geraden Monaten (also im zweiten, vierten und so fort) ein Eium mit männlicher, in den ungeraden, also im Januar, März, Mai etc.) ein Eium mit weiblicher Geschlechtsanlage zu erwarten sei, bewies sich mehrfach als richtig. Ein Laubhuhn, das sich auf hundert Jahre erstreckte, gab bei 1615 eingetragenen Kindern in 1146 Fällen dem Arzte recht. Weitere Forschungen und Untersuchungen lieferten dann das Endergebnis, daß Dr. Schöner in folgende zwei Sätze zusammenfaßt:

1. Das Eium besitzt seine Geschlechtsanlage bereits vor der Befruchtung.

2. Die Geschlechtsanlage wechselt im einzelnen Ovarium selbst und zwar in der von mir gefundenen Reihenfolge und an der noch von rechts nach links fortgesetzt regelmäßig.“

Die von Dr. Schöner gefundene Reihenfolge geht von folgenden Forschungen aus:

Untersuchungen ergaben, daß beide Ovarien beide Geschlechter liefern, daß in jedem Eierstock eine Geschlechtsfolge und an der Reihenfolge der Ova verschiedenen Geschlechts besteht. Dr. Schöner fand auf Grund dieser Normen, daß gleiche Geschlechter vom linken

oder das Zentrum — das Wort redete? Und ausgerechnet der bewährte „alt-nationalliberalen“ Volkst, der „Wormser Gde“, die bekanntlich seit langen Jahren in einem blinden Nachlaufen hinter dem Zentrum- und Bündlerpartei u. in einer schweren Schädigung der Interessen der nationalliberalen Partei zugunsten ihrer beiden Todfeinde besteht, ausgerechnet der Wormser Volkst, die seit Jahren die Landbevölkerung Oessens systematisch der eigenen Partei entfremdet und sie in konsequentem Sinne zu erziehen sucht, soll der Abg. Lohmann in Nürnberg die offizielle Sanktion der Partei erteilt haben? Derselbe Dr. Lohmann, der noch am 5. Februar auf dem nassauischen Parteitag in Limburg an der Bahn klar und deutlich gesagt hat, daß eine spätere Ausföhrung der Nationalliberalen mit den Konservativen nur unter der Bedingung erfolgen könne, daß die Konservativen sich aus der Umklammerung des extremen Bündlertums befreien und den Liberalismus als gleichberechtigten Faktor im politischen und öffentlichen Leben ein für allemal anerkennen. Bis zu diesem Zeitpunkt proklamierte Lohmann scharfen Kampf gegen das unter konservativer Flagge segelnde Bündlertum und seine Verbündeten. Auch in Limburg wies Lohmann den hohen Wert der damals nur in einigen wenigen preussischen Provinzen getroffenen Wahlabkommen mit der fortschrittlichen Volkspartei und sprach dabei unter begeistelter Zustimmung der Versammlung, die in ihrer Mehrzahl aus Landwirten — selbstverständlich nassauischen — bestand, den dringenden Wunsch und die Hoffnung aus, daß es doch noch in Nassau und der Rheinprovinz zu gemeinsamen Kandidaturen und Abkommen zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen kommen möge. Man müsse im Interesse des Gesamtliberalismus zu einer Beilegung der noch bestehenden Differenzen in Wiesbaden, Weßlar und Kreuznach gelangen. Für das angrenzende Hessenland hoffe er das gleiche. Ist dies, so fragen wir die „Wormf. Ztg.“, wirklich nicht mehr als eine „diplomatische Redewendung“, wie das Wormser Blatt die Erklärung Lohmanns in Nürnberg, daß der angelegte Linksbündnis der Nationalliberalen weiter nichts als „trübseliges Gerede“ sei, das einem taktischen Bedürfnis der Konservativen entspreche, wirklich nicht mehr als eine „façon de parler“, wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß Lohmann eine ähnliche Erklärung unter scharfer Frontstellung gegen die Sozialdemokratie schon Wochen vorher in Limburg abgegeben hatte. Dazu kommt, daß Lohmann sich in Limburg ausdrücklich als Befürworter der Erbschaftsteuer er bekannte und scharf mit allen denen, auch den nationalliberalen Dissidenten, die sie abgelehnt haben, ins Gericht ging. Lohmann schickte in Limburg weiter aus schärfste die reaktionäre Haltung der Konservativen in der preussischen Wahlrechtsfrage u. a. m. und stellte eine scharfe Abrechnung mit dieser Partei im preussischen Abgeordnetenhaus in Aussicht. Dieses Versprechen hat Lohmann kurze Zeit danach auch eifrig eingelöst und damit gezeigt, daß die alte Bismarcksche Tradition, sich dem Gegner im offenen, ehrlichen Kampfe zu stellen und mit offenem Bitter zu kämpfen, in der nationalliberalen Partei Wassermannscher Couleur immer noch hochgehalten wird, auch ohne Bismarck und die „Eidd. nat.-lib. Korr.“, was man von anderen Leuten gerade nicht behaupten kann, ohne sich mit der Wahrheit und den Tatsachen im Widerspruch zu setzen. Am schlechtesten Schritten in Lohmanns Rede unter dem Beifall einiger Hunderte von einflussreichen Landwirten aus ganz Nassau die Agrar- und Viehwirtschaften und ihr offener und verkappter Anhang ab. Die Ausführungen Lohmanns in Limburg über das extreme Bündlertum bildeten für die Hessen eine würdige Einleitung zu dem „Einbruch des jung- und nationalliberalen wilden Reiter“ Streifens, wie die „Wormf. Ztg.“ am Schlusse ihres Artikels so stilvoll schreibt, und nichts könnte der ganzen von Mainz und Offenbach aus so vortrefflich eingeleiteten zielbewußten Kampagne gegen die „Wormser Gde“ und ihr Treiben eine bessere Fortsetzung geben, als wenn die Mainzer, dem Kate der „Wormf. Ztg.“ folgend, Herrn Lohmann wirklich zu einem Vortrage nach Mainz einladen würden. Der Dr. Lohmann brauchte in Mainz nur über die Gemeingefährlichkeit der Agrar- und Viehwirtschaft zu sprechen, dann würden die Wormser Quertreiber, die jede Aeußerung eines Parteiführers benehmen, um Zwietracht in der Partei zu säen, bald ein anderes Lied anstimmen!

Politische Uebersicht.

Mannheim, 17. Mai 1911.

Die Pensionsversicherung der Privatbeamten.

Aus dem Zentrum der Privatangestelltenbewegung wird uns geschrieben:

Es gehen allerlei Nachrichten durch die Presse, wonach das Versicherungsgezet für die Privatangestellten wieder einmal auf dem toten Weis angelangt wäre. Der noch immer im Bundes-

zum rechten Quarium auftreten müssen, vom linken zum rechten oder folgt immer entgegengezettes Geschlecht.

Soweit die Theorie. Nun war es die Aufgabe des Arztes, diese Doppelheiten in der Praxis nachzuprüfen. In der Hand von acht Hüllen wies Dr. Schöner die Richtigkeit seiner Sage nach. Im ersten Falle hatte eine Frau ein Mädchen, das aus dem rechten Quarium stammte, nach dreimaliger Periodezeit wurde wieder ein Mädchen geboren werden. Das trat ein. Eine andere Mutter hatte einen Knaben aus dem linken Quarium, nach viermaliger Periodezeit Befruchtung, Resultat: Mädchen. Dr. Schöner bekennt weiter:

Jedes Quarium liefert fortlaufend zweimal das gleiche Geschlecht und einmal das entgegengesetzte, die Ova folgen sich immer mit entgegengesetzter Geschlechtsanlage vom rechten zum linken Quarium.

Mit anderen Worten: Nach den Fortschangsergebnissen Dr. Schöners sind die Menschen in den Stand gesetzt, nach jedem Kinde immer das Geschlecht der Folgebaben zu bestimmen und also auf Wunsch Bub oder Mädchen zu erhalten. Sogar noch mehr: Die Menschen haben jetzt die Möglichkeit, unter Beobachtung der Schönerschen Verbindungen (Kenntnis des Geschlechtes des vorausgegangenen Kindes, Herkunft des Ovums, Kenntnis der Zahl der Periodezeiten bzw. Ovulationen) vor der Befruchtung das gewünschte Geschlecht absolut sicher zu erhalten. Dr. Schöner schloß seine Forschung mit Untersuchungen in der königlichen Frauenklinik zu München ab.

Eine Frage nur kann auch Dr. Schöner nicht mit gleicher Bestimmtheit beantworten: Wie steht es mit der Geschlechtsbestimmung des ersten Kindes? Auch Dr. Schöner bekennt, daß hierfür zur Zeit noch kein sicherer Anhalt vorhanden ist.

Zunächst bleibt die Ertrungenschaft des Notischer Arztes noch so groß, daß keine Fortschangsergebnisse von weittragender medizinischer und kultureller Bedeutung sind. Wenn nach dem ersten Kinde die Geschlechtsbestimmung unbedingt sicher ist, dann

rot liegende Gesegentwurf solle erst nach den Neuwahlen dem neuen Reichstag oder aber frühzeitig im Herbst dem jetzigen Reichstage zugehen, wenn, wenn usw. . . . Die Veröffentlichung des Entwurfs vor dem Sommer wird allerdings in Aussicht gestellt, damit die Öffentlichkeit in der Lage ist, Kritik zu üben. Aber die Öffentlichkeit übt ja ihre Kritik, und zwar reichlich, schon seit dem Januar, denn solange ist der Gesegentwurf bekannt, und was jetzt noch neues zu erwarten ist, das sind kleine Änderungen an Einzelheiten. Die Öffentlichkeit hat auch schon die ganze Zeit vor dem Erscheinen des jetzigen Gesegentwurfs, mehr als neun Jahre lang, Zeit gehabt, sich mit der Verfertigung der Privatangestellten zu befassen, denn solange vollzogen sich die Vorarbeiten in aller Öffentlichkeit. Diese ewigen Hemmungen und Störungen sind wirklich in hohem Maße geeignet, den Unwillen der 4 bis 5 Millionen solange vergeblich hoffenden Menschen zu erregen, sind ganz danach angetan, den Privatangestellten das „staatsbürgerliche Denken“ beizubringen, von dem jetzt soviel die Rede ist, aber beizubringen weniger durch Erziehung, als durch ein fühlbares Dankschreiben. Es werden die Dinge so dargestellt, als ob die sich jagenden ungünstigen Nachrichten aus offiziöser Quelle stammten, wie können versichern, daß diese Annahme nicht zutrifft. Die Privatangestellten haben das Versprechen der Regierung! Und wenn auch manche nicht unerfahrene Politiker heute sagen, darauf sei nichts zu geben, so vertritt sich das schwerlich mit der einfachen Moral, der wir noch anhangen und die uns nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, an ein gegebenes Versprechen zu glauben.

Deutsches Reich.

Die Oideutsche Ausstellung in Posen wurde gestern in Gegenwart des Kronprinzen eröffnet. Die Festausgabe der „Posener Zeitung“ ist der Ausstellung gewidmet. Bemerkenswert sind die Festgrüße und Widmungen. So schreibt Fürst B. I. aus Rom: „Im Jahre 1794 gegründet, hat die Posener Zeitung im Laufe der Zeiten über manche Fortschritte und Rückschläge, Niederlagen und Erfolge des Deutschtums in der Ostmark berichtet. Ich hoffe und erwarte, daß sie hier über die in Aussicht genommene Oideutsche Ausstellung für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, nur Gutes zu sagen haben wird. Meine besten Wünsche begleiten die für den Osten und für unser ganzes Vaterland bedeutungsvolle Veranstaltung.“ Staatssekretär Delbrück hofft, daß die Ausstellung, „auch unserer ostdeutschen Zukunft die Wege ebnen wird.“ Staatssekretär Bermuth schreibt: „Eine ernste, nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen organisierte und geleitete Ausstellung kann nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch reichen, weit hinaus sich erstreckenden, kulturellen Gewinn im Gefolge haben.“ Der Kultusminister v. Trott zu Solz gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Ausstellung auch den staatlichen Unterricht umfaßt, dessen Pflege im Osten unseres Vaterlandes ihm besonders am Herzen liegt.

Zum neuen niederländischen Zolltarifentwurf schreibt die Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen: Zu den zahlreichen Zollserhöhungen, die der neue niederländische Tarifentwurf vorsieht, soll nach dem beigegebenen Tarifgezet noch eine andere, die Zollbelastung vieler Waren beträchtlich steigende Neuerung treten. Nach dem bisherigen Tarifgezet wurde bei der Berechnung des Einfuhrzollses für nach dem Gewicht tarifierte Gegenstände das Nettogewicht zu Grunde gelegt. Vom Bruttogewicht mußten, soweit nicht im Tarif selbst bei den einzelnen Waren eine anderweitige Festsetzung getroffen war, 15 v. H. für Holzgebilde oder Holzstämme, 8 v. H. für Emballagen aus Leder oder Tuch, für Matten, Körbe oder Reihliches abgezogen werden. Demgegenüber bestimmt das neue Tarifgezet, daß der Zollsatz vom Bruttogewicht erhoben werden soll bei allen Waren, deren Zollbelastung nicht mehr als 3 Gulden pro 100 Kilo beträgt. Nur wenn die Zollbelastung eine höhere ist, soll Nettovervollung eintreten und für eiserne Fässer 16 v. H., für Holzene Fässer 10, für Risten 4, für Körbe und dergleichen 4, für doppelte Säde 2, für einfache Säde 1, für andere Emballagen 4 v. H. abgezogen werden. Diese Veränderung der Zollabfertigungsvoreschriften bedeutet für gewisse Waren allein eine Zollserhöhung von 22 v. H.

Die britisch-deutsche Biermillionen-Stiftung. Wie mitgeteilt, hat der bekannte, auch durch vielfache Akte der Wohltätigkeit ausgezeichnete Sir Ernest Cassel-London unter dem Namen „König Eduard VII. Britisch-Deutsche Stiftung“ mit einem Kapital von 2 Millionen Mark eine Stiftung zugunsten

ist das bisher unerforschte Geheimnis der Geschlechtsvererbung fast gelöst. Joseph M. Jurinck.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die Selbstverwaltung der Schülerinnen. Nachdem in verschiedenen Knabenschulen die Selbstverwaltung der Schüler eingeführt worden ist, wurde in der Sitzung des brandenburgischen Vereins für das höhere Mädchenschulwesen auch die Frage der Selbstverwaltung der Schülerinnen erörtern. In den Knabenschulen hat sich der erzieherische Wert der Selbstverwaltung in einer so in die Augen springenden Weise geltend gemacht, daß man den Mädchen diese Form der Erziehung gleichfalls zugute kommen lassen will. In den Ausführungen über die Selbstverwaltung der Schülerinnen und ihre Notwendigkeit, wurde darauf hingewiesen, daß diese Selbstverwaltung die Mädchen mehr zur Selbstständigkeit erzieht, als alle Vorbereitungen auf den Beruf und das öffentliche Leben. Die Selbstverwaltung der Schüler und Schülerinnen ist von Amerika zu uns gekommen, dort wurde sie in dem sogenannten „School-System“ zum ersten Male ausprobiert. Die Schüler führen nach dieser Selbstverwaltung untereinander die Aufsicht, sie werden in die Lage gesetzt auch ohne die Strenge eines Vorgesetzten, beweisen zu können, daß sie die Ansprüche erfüllen, die man in sie gesetzt hat. Beim Spiel sowohl als auch in der Klasse tritt die Selbstverwaltung in ihr Recht. In der amerikanischen Art der Selbstverwaltung gibt es allerdings noch Schulgerichte, deren Vorstände und Vertreter aus Schülern resp. Schülerinnen gebildet sind. Von den Schulrichtshöfen wurde beschlossen abzusehen, um sie erst in einem reiferen Stadium einzuführen. In Frankfurt a. M. befindet sich eine „Muttererschule“, die bereits die Selbstverwaltung der Schülerinnen zum Prinzip hat. Diese Mutterschule sollte als Muster für andere Schulen gelten, doch muß natürlich mit den Persönlichkeiten unter den Schülerinnen zu rechnen sein, und man muß, wenn man sich an bestehende Einrichtungen hält, dennoch individualisieren. Die

in Deutschland sich aufhaltender, hilfsbedürftiger Engländer erichtet und den Antrag auf landesherrliche Befestigung der Stiftung gestellt. Diese Stiftung findet Anlehnung und Ergänzung in einer von Sir Ernest Cassel gleichzeitig in England errichteten gleichartigen Stiftung, die sich die Fürsorge für hilfsbedürftige Deutsche in England zur Aufgabe stellt und deren Protektoren der König und die Königin von England sind. — Sir Ernest Cassel, der persönliche Freund und finanzielle Ratgeber Eduards VII., hat den Namen des von ihm hochverehrten verstorbenen Königs dauernd mit dieser Stiftung verknüpft. Er tat es vielleicht darum, um der vielverbreiteten Auffassung entgegenzutreten, als sei es Eduards VII. Lebensziel gewesen, Deutschland politisch zu isolieren und wirtschaftlich nach Möglichkeit zurückzudrängen. Indem er diese Doppelseitigkeit, deren deutsches Kuratorium hilfsbedürftige Engländer und deren englisches Kuratorium hilfsbedürftige Deutsche unterstützen soll, nach Eduard VII. benennt, protegiert er gewissermaßen gegen die geheimnisvollen Legenden, welche den Rhein des deutschen Kaisers zu dessen feindlichen Gegenspieler und zum Vater aller internationalen Hindernisse für das deutsche Volk stempeln wollten. Und indem sowohl das deutsche Kaiserpaar als auch das englische Königspaar das Protektorat der Stiftung übernommen haben, bekunden sie beide, wie willkommen ihnen diese im wahrsten Sinne so zu nennende Friedensstiftung erscheint. Zu ihrer Gründung war Sir Ernest Cassel besonders berufen, denn er vor allen hat die Segnungen freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und England erfahren. In jungen Jahren hat er seine süddeutsche Heimat verlassen und ist durch rastlose Arbeit und durch die glückliche Ausführung großzügiger Projekte einer der ersten unter den königlichen Kaufleuten der Londoner City geworden. Andererseits hat sein klarer und weitausschauender Geist seinem zweiten Vaterlande hervorragende Dienste geleistet, die Eduard VII. durch seine Erhebung in den Adelsstand anerkannt hat. Besonders beim Abschluß ausländischer Anleihen hat er es verstanden, England große Vorteile zu verschaffen, und man erinnert sich noch, daß sein Name auch bei den Verhandlungen über die letzte große türkische Anleihe oft genannt wurde, und daß er unmittelbar nachdem er seine Mitwirkung an diesem Finanzgeschäft widerzusehen hatte, sich zur allgemeinen Ueberraschung ins Privatleben zurückgezogen hat.

Badische Politik.

Aus dem 9. Reichstagswahlkreis.

Worzhelm, 16. Mai. Eine Abordnung, bestehend aus dem Vorsitzenden der Landesparteileitung, Herrn Geh. Hofrat Rebmann, und den Vorständen des Nationalliberalen und des Jungliberalen Vereins in Worzhelm, besuchte dieser Tage Herrn Stadtrat Albert Wittum hier, um ihn zu bitten, wieder die Reichstagskandidatur für den 9. Wahlkreis anzunehmen. Herr Wittum hat, unter Hinweis auf seine vieljährige öffentliche Tätigkeit, von seiner Kandidatur abzusehen, kam aber doch den dringenden Bitten der Herren soweit entgegen, daß er keine abschlägige Antwort gab, sondern sich einige Tage Bedenkzeit ausbat.

Arbeiterbewegung.

Berlin, 19. Mai. Eine in der Brauerei Friedrichshelm tagende Versammlung der Eisenbaukonstruktionswerkstättenarbeiter, die von etwa 2000 Personen besucht war, beschloß am heutigen Mittwoch in den Ausstand zu treten. Durch den Streik werden etwa 3000 Arbeiter betroffen.

Berlin, 17. Mai. In zwei öffentlichen Versammlungen der Bäckerarbeiter wurde der Schiedspruch des Einigungsamtes als Abschlagszahlung auf die weitergehenden Forderungen angenommen. Die Versammlung sprach die Erwartung aus, daß die Arbeitgeber den Tarif nicht nur annehmen, sondern auch für seine loyale Durchführung Sorge tragen. — Eine Versammlung der Konditoren und Waffelbäcker faßte den gleichen Beschluß. Die 17 Bäckereiverbände Groß-Berlins werden in sechs Versammlungen heute über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches sich entscheiden.

Hamburg, 17. Mai. Gestern Abend fand eine von etwa 400 Rajchenbauern der West von Blohm u. Wof besuchte Versammlung statt, in der einstimmig beschlossen wurde, heute in den Streik zu treten. Ob dadurch eine weitere Verzögerung der Kriegsbauten eintritt, läßt sich zur Stunde nicht sagen.

Danzig, 17. Mai. In der gestrigen Danziger Stadtverordnetenversammlung teilte der Oberbürgermeister Scholz

Schulen, namentlich diejenigen höheren Mädchenschulen, die eine Selbstverwaltung unter den Schülerinnen einzuführen beabsichtigen, wurden in der Hauptversammlung des brandenburgischen Vereins für das höhere Mädchenschulwesen gebeten, die Erfahrungen zu sammeln, die die verschiedenen Klassen und Schulen mit dieser neuen Bestimmung machen, damit man aus den Erfahrungen die Schlüsse ziehen kann, wie weit man die Selbstverwaltung unter den Schülerinnen einführen soll. Man hofft, daß die jungen Mädchen, die zur Selbstverwaltung zugelassen werden, schon in der Schule zu der Selbstständigkeit gelangen, die man ihnen in späteren Jahren anzuerkennen wünscht. Mit der Selbstverwaltung bei den Schülerinnen hat man sich auch wieder ein Stück von der Verantwortung entsetzt, mit der die jungen Mädchen namentlich in den höheren Töchterschulen bisher behandelt worden sind. Die jüngsten jungen Mädchen, die ihre eigene Verwaltung führen, werden auch zu ersteren Mädchen herangezogen werden, die selbst wissen, was sie sich schuldig sind und die nicht mehr in Zukunft so behandelt werden müssen, daß sie nicht selbständig und allein über die Straße gehen dürfen, wie das noch leider in einigen Familien bei der Erziehung der Töchter gehandhabt wird. Die Selbstverwaltung unter den Schülerinnen wurde von den Vertretern des Provinzialschulkollegiums, Professor Dr. Hoigt und Oberlehrer Dr. Buchenau, sehr bekräftigt.

Neue Mitteilungen. Das neue Operettentheater und das Deutsche Operettentheater in Hamburg, die zuletzt unter der alleinigen Direktion von Wilhelm Bendiner standen, müssen, wie bestimmt verlautet, liquidieren, da die eingeleiteten Sanierungsversuche gescheitert sind. — Anlässlich der fünfzigjährigen der Genossenschaft der bildenden Künstler in Wien verlieh Kaiser Franz Josef dem Ödman der Genossenschaft, dem Bildhauer Wehr, den Ritterstand. Mehrere Mitglieder erhielten Ordensauszeichnungen. Aus demselben Anlaß verlieh der Kaiser der Genossenschaft eine goldene mit seinem Bildnis und einem Wahlspruch gezierter Medaille.

Volkswirtschaft.

Badische Aktiengesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransport Mannheim.

Die Gesellschaft hatte, wie die meisten Schiffahrtsgesellschaften, unter starkem Wettbewerb zu leiden. Die Generalerinnahmen beliefen sich auf M. 2743 208 gegen M. 2639 731 im Vorjahre.

Das abgelaufene Geschäftsjahr ergab nach dem Geschäftsbericht nach Abzug aller Geschäftskosten einen Ueberschuss von M. 223 407 gegenüber M. 248 888 im Vorjahre.

In der Bilanz stehen bei M. 4 Millionen Aktienkapital, M. 900 000 (950 000) Obligationen, M. 432 238 (427 003) Reserven, M. 170 000 (170 000) Rückversicherung, M. 38 798 (36 470) Kauttionen der Schiffer und Kapitäne, M. 389 258 (311 428) Kreditoren, worunter M. 134 206 (102 367) für Zölle und M. 209 618 (120 602) Verrechnungen der Filialen der Schiffsparks mit M. 4 077 253 (4 136 895) zu Buch.

Im Bericht des Vorstands wird ausgeführt: Die nach den Anfangsergebnissen des abgelaufenen Jahres gehegten Erwartungen haben sich nicht erfüllt, da der Rheinwasserstand während des ganzen Jahres ein so hoher war, wie noch selten.

Ueber die Aussichten wird bemerkt, daß das laufende Jahr sich günstiger entwickeln zu wollen scheint.

In der heute vormittag im Geschäftslokale im Mühlhafen abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung, in der durch 13 Aktionäre 2801 Stimmen vertreten wurden, hielt Herr Rechtsanwalt Dr. Mayer eine Reihe von Anfragen, in denen er vor allem Anstus darüber verlangte, aus welcher Ursache der Mindererdienst von M. 25 000 gegenüber dem Vorjahre resultiere.

Von Seiten des Vorstandes wurde erwidert, daß das Geschäftsjahr 1910 in bezug auf die Frachthöhe sich wesentlich schlechter stellte als im Jahre 1909. Die Unkosten wurden bedeutend höher durch die Matrosenbewegung.

Die Bilanz, die Gewinnverteilung und die Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats wurden hierauf mit allen gegen die 10 Stimmen des Herrn D. Mayer genehmigt.

Aus dem Aufsichtsrat traten aus die Herren Fiskalanwalt Gg. Selb-Mannheim und Georg von Vary-Antwerpen, ersterer Vorsitzender des Aufsichtsrats, letzterer stellvertretender Vorsitzender, Herr Nikolaus Schramm in Auerbach i. S., der gleichfalls turnusgemäß aus dem Aufsichtsrat ausschied, wurde wiedergewählt.

Bezüglich der Beschlussfassung über die Bestellung einer Geschäftskommission innerhalb des Aufsichtsrats, wurde der Generalversammlung folgender Antrag der Verwaltung unterbreitet:

Der Aufsichtsrat ist berechtigt, aus seinen Mitgliedern einen ständigen Kommissar oder eine Kommission zu ernennen und für deren Tätigkeit Vergütungen festzusetzen, wozu ihm der erforderliche, auf Geschäftskosten zu verbuchende Betrag bis zu insgesamt M. 12 000 jährlich zur Verfügung gestellt wird.

Herr Rechtsanwalt Dr. Mayer machte auch diesem Antrag gegenüber Opposition, indem er ausführte: Durch diese Statutenänderung werde ein Modus, den man in früheren Jahren in Rücksicht auf die allgemeine Geschäftsfrage beiseite gelassen, wieder eingeführt.

Herr Fiskalanwalt Selb erwiderte: Es handelt sich hier um ein Institut, das geschaffen werden soll, um mit der Direktion zu arbeiten. Es ist ein Antrag der Generalversammlung. Es ist ganz unerheblich, ob Herr Generaldirektor Gutzjahr dagegen ist oder nicht.

Der Antrag, sowie die vorgeschlagene Statutenänderung wurden hierauf mit allen gegen die 10 Stimmen des Herrn Dr. Mayer, der Widerspruch ins Protokoll erhob, angenommen und die Sitzung geschlossen.

Telegraphische Handelsberichte.

Deutscher Reichsbank-Anweis vom 14. Mai 1911.

Table with columns: Aktiva, Passiva, and values in (Mill. M.). Includes items like Metall-Verschand, Darunter Gold, Reichs-Rafen-Scheine, etc.

Die deutsche Reichsbank verfügt über eine steuerfreie Notenreserve von M. 202 557 000 gegen eine steuerfreie Notenreserve von M. 161 729 000 am 6. Mai 1911 u. gegen eine steuerfreie Notenreserve von M. 142 584 000 am 14. Mai 1910.

A.-G. für Hoch- und Tiefbauten, Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 17. Mai. Die heutige Generalversammlung genehmigte einstimmig die Regularien und setzte die Dividende auf 5 Prozent fest (i. V. O.). Ein Aktionär bezeichnete den Status als wenig flüchtig, zumal die Bilanz für die ruhige Zeit des Jahres aufgestellt sei und sich die Spannung bei Beginn der eigentlichen Bauzeit verstärken müsse.

A.-G. für Rheinisch-Westfälische Zementindustrie.

Köln, 17. Mai. Die Generalversammlung der A.-G. für Rheinisch-Westfälische Zementindustrie beschloß eine Dividende von 7 Prozent zu verteilen. Nach Mitteilung der Verwaltung hat sich in der ungünstigen Lage der Zementindustrie, wie sie der Vorstand im Geschäftsbericht geschildert habe, bisher nichts geändert.

Oberrheinische Eisenbahndarfst.-Akt.-Ges.

Breslau, 17. Mai. Die Generalversammlung der Oberrheinischen Eisenbahndarfst.-Aktiengesellschaft setzte die Dividende auf 2 1/2 Prozent (i. V. O.) fest. In den Ausschichtsrat wurden die Herren Generaldirektor Franz Fiesler und Kommerzienrat Breich, der frühere Direktor der Sohnowitzer Eisenwerke, neu gewählt.

Zinslovers.

Hamburg, 17. Mai. Ueber die Kaffeezuckerfabrik C. S. Lorenzen in Hamburg-Flensburg, die sich seit längerer Zeit in Zahlungsschwierigkeiten befindet, ist nunmehr der Konkurs verhängt worden. Die Passiven betragen lt. Ffz. Stg. etwa eine halbe Million Mark.

Die Hamburger Kaliberhandlungen.

Hamburg, 17. Mai. Heute werden die Generalberatungen des Kaliberadikats mit den amerikanischen Gruppen, soweit sie in Hamburg vertreten sind, fortgesetzt. Unter den Momenten, welche Schwierigkeiten bieten, stehen nach der Ffz. Stg. nicht so sehr die Preisfragen, als die Kontraktsschwierigkeiten in erster Reihe.

Rechnete Dividendenauschüttungen.

Berlin, 17. Mai. Die Orenstein u. Koppel - Aktar Koppel-A.-G. in Berlin schlägt lt. Ffz. Stg. 14 Prozent (i. V. O.) Dividende vor. Von den 10 Millionen Mark neuen Aktien sollen nur 5 200 000 M. zum Bezuge dienen.

Zur gesetzlichen Auflösung der Standard Oil-Co.

New York, 17. Mai. Ein Direktor der Standard Oil-Co. erklärte lt. Ffz. Stg., die Auflösung der Gesellschaft könne innerhalb der Frist von 6 Monaten nicht bewerkstelligt werden.

Amerikanische Regierungsbonds.

Washington, 17. Mai. Der Schatzkredit forderte zur Zeichnung von 20 Millionen Dollar Regierungsbonds auf zur Deckung der Ausgaben für den Panamakanal. Die Bonds werden hierzu, teils von jeder Bevölkerung teils und in Stücken lautend über 100, 500 und 1000 Dollars auszugeben werden.

Telegraphische Börsen-Berichte.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Frankfurt, 17. Mai. (Kontostände) Die Entscheidung des amerikanischen obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten gegen die Standard Oil Company brachte eine kurze Pause an der New Yorker Börse. Mit einer Million Dollars hatte diese Börse seit Juli vor. In den letzten Tagen der Woche war lebhaft und die Kurssteigerungen sind auch für den heutigen Tag von Interesse, denn bereits an der getriggen Abendbörse wurden amerikanische Werte lebhafter gehandelt.

Berlin, 17. Mai. (Produktionsbörse) Meldungen über Regenfälle in Russland, ermäßigte Offerten, sowie geringe Produktionsmengen für den Roggen zu härterer Erntezeit. In Weizen fehlte jegliche Unternehmungslust. Die Preise stellten sich im Anseh an Roggen etwas niedriger. Hafer war angeboten und schwächer. Rüböl blieb behauptet. Weizen: regenbedrohend.

Mannheimer Effektenbörse.

Vom 17. April. (Offizieller Bericht.)

Keinere Umsätze erfolgten heute in Brauerei Aktien, in Eisen- und Stahlwerken Aktien zu 100 Proz., in Zuckerfabriken Aktien zu 95 Proz., und in Wein, Schiefer- und Gummi- und Holzfabriken Aktien zu 100, 104, 104 und 104 Proz. Sonstige Notierungen: Weizen 214 G., Mannheimer Baumwoll- und Holzfabriken Aktien 100 G., 104 G. und Zuckerfabriken Aktien 107 G.

Table with columns: Aktien, Brief, Geld, and values. Includes sections for Banken, Chem. Industrie, Brauereien, and Transport u. Versicherung.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse.

(Handelsrechtliches Lieferungs-Geschäft)

Table with columns: Weizen, Roggen, Hafer, and values for different months and grades.

Berliner Produktenbörse.

Table with columns: Berlin, 17. Mai. (Telegramm) (Produktenbörse) and values for Weizen, Roggen, Hafer, etc.

Budapester Produktenbörse.

Table with columns: Budapest, 17. Mai. (Getreidemarkt) (Telegramm) and values for Weizen, Roggen, Hafer, etc.

Berliner Effektenbörse.

Table with 2 columns: Instrument names (e.g., Reichsbank, Reichsanleihe) and their corresponding values.

Berlin, 17. Mai. (Kontant-Kurse.)

Table of exchange rates and prices for various commodities and securities in Berlin.

W. Berlin, 17. Mai. (Telegr.)

Table of telegraphic exchange rates for various locations.

Pariser Börse.

Paris, 17. Mai. Anfangskurse.

Table of opening exchange rates for Paris.

Londoner Effektenbörse.

London, 17. Mai. (Telegr.)

Table of telegraphic exchange rates for London.

Wiener Börse.

Wien, 17. Mai. Vorm. 10 Uhr.

Table of morning exchange rates for Vienna.

Wien, 17. Mai. Nachm. 1.50 Uhr.

Table of afternoon exchange rates for Vienna.

Frankfurter Effektenbörse.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft. Reichsbankdiskont 4 Prozent.

Schichtkurse.

Table of daily closing exchange rates for Frankfurt.

Kauf- und Versicherungskursen.

Table of buying and insurance rates for various goods.

Staatsschulden A. Deutsche.

Table of German state debt securities, including Reichsanleihe and various bonds.

Aktien industrieller Unternehmungen.

Table of shares for industrial companies, such as Siemens and various manufacturing firms.

Bergwerksaktien.

Table of shares for mining companies.

Aktien deutscher und ausländischer Eisenbahnen.

Table of shares for German and foreign railways.

Pfandbriefe. Prioritäts-Obligationen.

Table of mortgage bonds and priority obligations.

Landesproduktenbörse Stuttgart.

Börsenbericht vom 15. Mai 1911.

Text report on the Stuttgart agricultural products market, discussing prices and market conditions.

Table of international exchange rates and prices for various goods, including American and Australian products.

Marx & Goldschmidt, Mannheim.

Telefon-Nr. 1704. Adresse: Marktplatz. Fernsprecher-Nr. 56 und 1637. 17. Mai 1911. Provisionsfrei!

Table of international exchange rates and prices for various goods, including American and Australian products.

Überseeische Schiffsahrts-Telegramme.

Text report on international shipping telegrams, listing ship arrivals and departures.

Advertisement for Stotz & Cie. featuring 'Reparatur-Werkstätte' and 'Dynamos u. Elektromotoren'.

Stenographischer Reichstagsbericht Mannheimer Generalanzeigers

mb Deutscher Reichstag.

176. Sitzung, Dienstag, den 16. Mai.
Am Tische des Bundesrats: Delbrück, Caspar.
Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung.

Zehnter Tag.

Zur Verhandlung steht der Abschnitt über die Knappschaftskassen.

§§ 521 bis 527. Die Kommission hat als § 525 a, die Bestimmung getroffen, daß die Knappschaftskassen sowie die sonstigen Vertreter der Versicherten im Vorhabe der Knappschaftskassen und Vereine in geheimer Wahl zu wählen sind, mit fakultativer Verhältniswahl. Die Sozialdemokraten beantragen, Bestimmungen zur Sicherung des Wahlgeheimnisses in gleicher Weise wie bei den Reichstagswahlen. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragt die Volkspartei die Bestimmung, daß als Vertreter der Versicherten nur Versicherte wählbar sind. Ein Kompromißantrag Schulz will für die Wahlen zur Generalversammlung und zum Vorstande der sogenannten Knappschaftskassen auch die Wahl von Knappschaftsinvaliden zulassen, wenn sie Beiträge zu den Kassen zahlen. Die Sozialdemokraten beantragen, diese Zuschlagbestimmung obligatorisch zu machen für alle Knappschaftsinvaliden und zwar für alle Knappschaftskassen, auch ohne, daß sie noch auf einem Werk beschäftigt sind, eventuell unter der Voraussetzung, daß sie freiwillig Beiträge zahlen.

Durch den in der bisherigen Beratung vom Plenum bereits beschlossenen § 186 ist die Befreiung der noch oberhalb beschäftigten Berginvaliden von der Versicherungsspflicht zugelassen. Ein von der Kommission eingefügter § 525 a will hierfür insofern eine Sicherung treffen, als er die Befreiung von gesonderten Gruppenabstimmung der Arbeitgeber und Versicherten im Vorhabe abhängig macht. Die Sozialdemokraten haben unter Bezugnahme auch auf diese Bestimmung eine Reihe von Anträgen zu dem Abschnitt über die Knappschaftskassen gestellt. Diese verlangen, daß über die Kommissionsvorlage hinaus gewisse für die anderen Kassenarten, insbesondere die Ortskassen, geltende Bestimmungen auch auf die Knappschaftskassen Anwendung finden sollen. U. a. sollen die Arbeitgeber nur an der Wahl der Arbeitgebervertreter teilnehmen, nicht aber auch an der der Vertreter der Versicherten. Die für die Betriebskrankenkassen geltende Beschränkung der Befugnisse der Arbeitgeber soll auch bei den Knappschaftskassen eingeführt werden.

Abg. Hue (Soz.):

Eine große Mehrheit des Reichstages hat seinerzeit in einer Resolution eine reichsgesetzliche Regelung des Bergrechts verlangt. Die Beschlüsse der Kommission liegen nicht in der Richtung dieser Forderung. Wir wissen, daß unsere Anträge nicht angenommen werden, aber wir wollen wenigstens nach außen zeigen, welche Parteien die Wünsche der Bergarbeiter erfüllen. Der von der Kommission beschlossene § 525 a würde nur dann eine Bedeutung haben, wenn eine paritätische Vertretung der Arbeitgeber und der Versicherten im Kassenvorhabe geschaffen wäre; aber es ist ein Hohn auf die Parität, die Arbeiter werden in den Kassen vergeblich, in einer Weise, daß man die Knappschaftskassen Bergmannslöhne getauft hat. Man hat die Selbstverwaltung den Kassen genommen. In der Knappschaftskasse wehrt im Wehrdisziplin Wahlweise ist fünfzig Jahre lang, obwohl das Gesetz die gleiche Vertretung vordrückt, unter den Augen der Behörde nicht ein einziger Arbeitervertreter im Vorhabe gewesen. In Obersachsen ist es noch heute nicht besser. Im Ruhrgebiet sind Arbeitervertreter erst hineingekommen durch die Organisation der Arbeiter. Wenn Johann Fuhmann noch lebte und sehen würde, wie heute hier von seinen Nachfolgern gehandelt wird gegen die Interessen der Knappschaftsmitglieder dann würde er sagen: leben Sie, Kollege Hue, ich habe doch recht gehabt mit meiner Charakterisierung der christlich-nationalen Arbeitervertreter. Das ist das Zentrum jetzt! Den Nationalliberalen würde ich ja unredlich tun, wenn ich die Herren, die sich im Ruhrgebiet national liberal nennen, die Herren Kirdorf usw., ihnen zurechnen wollte; sie sind zum mindesten freikonservativ. Der Redner begründet die Anträge der Sozialdemokraten. Am Abgeordnetenhaus hat das Zentrum einstimmig die Aufrechterhaltung der Wahlfähigkeit der Berginvaliden verlangt; jetzt kann das Zentrum die christlich-nationalen Bergarbeiter überzeugen, ob es das in der Tat will. Der Kompromißantrag Schulz ist nichts anderes als eine Kasse. Nach diesem Antrag handelt es sich nur um diejenigen Invaliden, die noch auf dem Werke beschäftigt sind, die also der Gefahr der Verregelung ebenso unterliegen wie die aktiven Bergarbeiter. Wir verlangen, daß die Knappschaftsinvaliden durchweg das positive Wahlrecht erhalten, damit von den Arbeitgebern unabhängige Leute in den Kassen sind. Der Redner wendet sich an das Zentrum, das jetzt die Interessen des „Knappschaftsverbandes“ stiller vertritt, der von „schwarzen Wäldern“ gesprochen habe. Die katholischen Arbeiter und Weillischen werden in Saarbrücken und Trier in geradezu niederträchtiger Weise behandelt, nur weil sie sich nicht der nationalliberalen Herrschaft beugen wollen. Einer solchen Gesellschaft überläßt das Zentrum jetzt Rechte und Befugnisse zur Nachschaffung der Bergarbeiter. Wir werden Ihnen draußen vorhalten, daß Sie jetzt hier in der Lage waren, diesen nationalliberalen Terrorismus zu befeitigen. Tun Sie, was Sie nicht lassen können; wir werden keinen Schaden davon haben. Und ausgerechnet Herr Veder-Arnberg stellt sich hier hin und läßt solche Reden wie meulich. Da muß ich schon sagen: arme bedauernswerte Arbeiter. (Zuruf des Abg. Dohlem.) Sie würden sich hüten, Herr Dohlem, gegen die Angehörigen Ihrer Klasse so zu wüten, wie es Herr Veder getan hat. Wollen Sie Einsitz in Ihrer Partei haben, dann müssen Sie es machen wie Dr. Heim, da müssen Sie auftreten und erklären, daß die Arbeiter in dem und dem Punkte einig sind, dann kann das Zentrum erklären: Was wir verlangen, das verlangen ja die Arbeitervertretungen. Der Redner beschließt sich eingehend mit dem Abg. Veder-Arnberg.

Herr Veder hat uns aufgefordert, einen einzigen christlichen Arbeiter zu nennen, der einem sozialdemokratischen bei den Kassen zugezogen wurde. Da schreibt mir ein Leser des „Bodumer

Anzeigers“, daß bei der letzten Vorstandswahl zwei entschiedene Sozialdemokraten und ein „Christlicher“ zur Wahl standen. Gewählt wurde einstimmig der „Christliche“ Küpper, weil er durch Krankheit an ständiger Verurteilung verhindert ist. So handeln wir, während die Freunde des Herrn Veder unsere Parteigenossen überall herauszubringen suchen. Wollen Sie das befehlen, Herr Veder? (Abg. Veder: (Wirtsch. Bg.): Das interessiert uns hier nicht!) Die gleichen gegen uns gerichteten Vorwürfe der Berginspektoren sind niederträchtige Verleumdungen, solange sie unbewiesene Behauptungen sind. Der Redner spricht weiter gegen den Abg. Veder.

Vizepräsident Dr. Spahn

Herr Veder hat hierzu noch gar nicht gesprochen. Seine Rede bezog sich auf ganz andere Gegenstände.

Abg. Hue (Soz.)

Der Herr Präsident befindet sich — was auch bei Präsidenten vorkommen kann — in einem Jertum. Herr Veder hat auch schon über die Knappschaftskassen gesprochen.

Vizepräsident Dr. Spahn bittet, zur Sache zu kommen.

Abg. Hue (Soz.) fortfahrend:

Herr Veder hat auf den Tisch des Hauses ein Pamphlet niedergelegt, das ein Parteigenosse mit dem ich in gewerkschaftlichen Streitereien sehe, gegen mich gerichtet hat. Da gilt das Wort des alten Fritz: Niedriger hängen!

Der Kompromißantrag Schulz ist inzwischen von den Antragstellern dahin geändert worden, daß er sich auf alle Knappschaftskassen, nicht nur auf die mit besonderer Verwaltung bezieht.

Ministerialdirektor Caspar

bemerkt gegenüber den Ausführungen des Abg. Hue über die Wählbarkeit der Berginvaliden, daß es gegen das ganze Prinzip der Reichsversicherung sein würde, wenn die Versicherten durch Personen in den Kassen vertreten würden, die nicht mehr im Betriebe tätig sind. Die Sozialdemokraten wollen auf Unwegen eine reichsgesetzliche Regelung des Bergwesens herbeiführen. Die verbündeten Regierungen haben sich diesem Verlangen gegenüber bisher ablehnend verhalten und tun das auch hier. Die Anträge der Sozialdemokraten sind teils überflüssig, teils schädlich.

Abg. Gothein (Wp.):

Der Ministerialdirektor war sehr einseitig. Er suchte die Forderung nach einem Reichsberggesetz dadurch zu degradieren, daß er sich so stellte, als ob nur die Sozialdemokratie dafür sei. Kein, die große Mehrheit des Hauses steht hinter dieser Forderung. Die Kommissionsbeschlüsse sind ein unzulässiger Eingriff in das Landesrecht. Auch die Invaliden müssen wählbar sein. Sie müssen zu ihrem Rechte kommen, auch die Arbeiter müssen Leute als Vertreter haben, die nach ihrem Gewissen stimmen, und die nicht immer Angst haben müssen, ihre Stellung zu verlieren. Wir sind es ja gewohnt, daß unsere Anträge ohne Gegenrede niedergestimmt werden. Das schädigt das Ansehen des Reichstages. Da wäre es am besten, wenn über alle Anträge gemeinsam abgestimmt, ehe sie begründet sind. (Leb. Zustimmung bei den Preis- und Soz., Laufen rechts.)

Abg. Korfanth (Wp.):

Auch wir legen Verwahrung ein gegen die Art, wie Direktor Caspar die Frage des Reichsberggesetzes abgehandelt hat. In dieser Frage ist selbst das preussische Abgeordnetenhaus viel fortschrittlicher als die Mehrheit dieses Hauses. Der Redner erklärt sich für die sozialdemokratischen Anträge und besonders für die Wahlbarkeit der Invaliden.

Abg. Veder-Arnberg (Zentr.):

Herr Hue behauptete, in Sattlingen gäbe es einen christlichen Kassenbeamten, obgleich dort die Sozialdemokraten die Mehrheit hätten. Also einen einzigen in ganz Deutschland! Meine Freunde im Lande würden es mir übrigens sehr bedauern, wenn ich auf dieses Angelegenheit in seiner Tonart antworten würde. Ich verzichte darauf, ihm zu erwidern.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.):

Jetzt lauz der Tageschluss können wir doch die Frage eines Reichsberggesetzes nicht erledigen. Warum haben sich Herr Hue und Herr Sacke nie in der Kommission sehen lassen? Es ist sehr billig, hier jetzt große Worte zu machen. Die Bergarbeiter wissen, was sie von diesen Herren zu halten haben. Ob die paar Tausend aus Unrecht befreiten Invaliden wieder der Versicherung zu unterstellen sind, das können wir hier nicht festlegen. Das gehört ins Einführungsgesetz. Die geheime Wahl ist auf Antrag der Herrn Hue so verfahren christlichen Arbeiterführer eingeführt worden. Die Zulassung weiterer kleiner Knappschaftsvereine wünschen wir nicht. Bezüglich aller Streitereien mache ich mir das Wort Friedrichs des Großen nach der Schlacht von Zorndorf zu eigen.

Abg. Dr. Semler (Natl.):

Wenn die Sozialdemokraten hier Stundenlang reden, sind wir zum Schweigen gezwungen. (Beifall bei der Mehrheit.) Somit kommen wir nicht vorwärts. Die Angriffe Hues gegen die Abg. Veder und Behrens verstehe ich nicht. Gerade diese beiden haben sich bemüht, für die Arbeiter herauszuholen, was nur möglich war. Ich verstehe daher die scharfen Worte Hues nicht. Auch wir haben noch gestern ertragen, ob es nicht möglich sei, die Invaliden zu Knappschaftskassen zu machen. Wir können dem Antrage aber nicht folgen, weil er in die Landesgesetzgebung eingreift. Aber Kreuzen wird vielleicht auf diesem Wege vorgehen.

Abg. Sacke (Soz.):

Wir müssen zu retten suchen, was noch zu retten ist. Die Kleinlichen Vorwürfe des Abg. Behrens richten sich von selbst. Was sollen wir gegen diese geschlossene Mehrheit machen? Das Zentrum hat früher dieselben Anträge gestellt, die wir heute vorlegen. Herr Hue hat sie eingehend begründet. Jetzt ist das Zentrum dafür nicht zu haben!

Abg. Schürmer (Zentr.) erklärt, er könne keinen christlichen von den Sozialdemokraten angeführten Arbeiter. Es ist sehr schwer, mit Herrn Hue zu debattieren, weil er so zudringlich ist.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) und Sacke (Soz.) schließt die Aussprache.

In namentlicher Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag über das Wahlgeheimnis mit 218 gegen 88 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt, der Kompromißantrag Schulz mit allen abgegebenen 297 Stimmen angenommen. Im übrigen bleiben die Kommissionsbeschlüsse zum Abschnitt Knappschaftskassen unverändert. Die §§ 528 bis 548 handeln von den Erbschaftskassen.

Nach der Vorlage werden freie Hilfskassen als Erbschaftskassen nur dann weiter zugelassen, wenn sie bereits vor dem 1. April 1909 zugelassen worden waren, und auch diese nur unter der Voraussetzung eines dauernden Bestandes von mindestens tausend Mitgliedern; die oberste Verwaltungsbehörde kann die geforderte Mindestzahl auf 250 herabsetzen. Die Volkspartei beantragt auch neue freie Hilfskassen zuzulassen, d. h. solche mit dem Gründungsdatum nach dem 1. April 1909, und nur von diesen einen Mitgliederbestand von tausend zu fordern, dagegen von den älteren Kassen nur fünfhundert Mitglieder. Die Sozialdemokraten wollen durchweg, bei den älteren und den neu entstehenden Erbschaftskassen, die Voraussetzung auf fünfhundert Mitglieder beschränken und zur Erzielung dieser Mindestzahl auch die Verschmelzung kleiner bestehender Kassen zulassen. Nach § 541 zählen die Mitglieder einer Erbschaftskasse keine Beiträge an die sonst zuständige Krankenkasse, wohl aber ihre Arbeitgeber. Die Sozialdemokraten beantragen, daß auch die Beiträge der Arbeitgeber an die Erbschaftskasse abzuführen, mindestens aber dieser zu vier Fünfteln von der Krankenkasse ersetzt werden. Weitere Anträge der Sozialdemokraten betreffen die Höhe der Beiträge und der Leistungen. Kompromißanträge Schulz zu den §§ 530, 542 und 546 treffen Kontrollbestimmungen u. dergl.; § 543 soll in diesem Zusammenhang gestrichen werden.

Abg. Brühne (Soz.):

begründet die Anträge seiner Partei. Die freien Hilfskassen haben sich sehr bewährt, und man sollte ihre Erhaltung soweit wie möglich sichern; die Schwindelkassen kann man dabei doch treffen. Diese Bestimmungen hier sind aber ein Ausnahmefall gegen die freien Hilfskassen. Seit zwanzig Jahren schon läßt man sie nicht ruhen. Hier handelt es sich um einen großen Teil auch um Handwerker, kleine Gewerbetreibende und Beamte; das mögen Zentrum und Konservative bedenken.

Oldenburgischer Gesandter v. Guden-Abdenhausen

empfiehlt im Auftrage der lippischen Regierung bringend die Bestimmung der Kommissionsbeschlüsse zur Annahme, die die fakultative Zulassung von Kassen mit auch nur 250 Mitgliedern betrifft. Diese Bestimmung ist auf die lippischen Regierkassen zugeschnitten.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Wp.):

bittet, mit Dankworten an den oldenburgischen Gesandten, gleichfalls um Annahme dieser Bestimmung. Es handelt sich bei den lippischen Regierkassen um ganz einseitige Verhältnisse in Deutschland. Was im allgemeinen die freien Hilfskassen anlangt, so hat die Volkspartei durchaus Sympathie für die Anträge der Sozialdemokraten, hofft aber, daß die Beschränkung auf die Anträge der Volkspartei leichter Annahme finden wird. In Bezug auf die Beiträge der Arbeitgeber stimmen die Fortschrittler in erster Linie dem Antrage der Sozialdemokraten zu. Nach dem Kommissionsbeschlusse (§ 541a) sind die Beiträge der Arbeitgeber nur dann zu vier Fünfteln an die Erbschaftskasse abzuführen, wenn der Mitgliederbestand der Erbschaftskasse überwiegend aus dem Arbeitsort häufig wechselnden Versicherten besteht, wie z. B. die Regler. Die Volkspartei beantragt, unter dieser Bestimmung auch die Bureauarbeiter aufzunehmen.

Abg. Dr. Jund (Natl.):

Die Bestimmungen der Vorlage sind im allgemeinen notwendig zum Schutz der Versicherten gegen Schwindelkassen. Neben der Bemessung der Mindestzahl der Kassenmitglieder kann man ja verschiedener Meinung sein; aber vielleicht genügt die fakultative Bestimmung über die Zulassung auch von Kassen mit nur 250 Mitgliedern dem Bedürfnis, wenn diese Bestimmung ursprünglich auch nur auf die Regler in Lippe zugeschnitten ist. Wir sind aber durchaus für die Erhaltung der freien Hilfskassen; der korporative Geist bedingt sich darin, und wir bitten um Ihre wohlwollende Behandlung.

Ministerialdirektor Caspar erklärt, daß gegen die nachträgliche Genehmigung von Kassen, die erst nach dem 1. April 1909 entstanden sind, in gewissen Fällen ein Widerspruch nicht erhoben werden wird.

Es werden die Kompromißanträge Schulz angenommen, im übrigen alle Anträge abgelehnt. Das zweite Buch Krankenversicherung wird erledigt. Es beginnt mit § 560 die Verhandlung des dritten Buches:

Unfallversicherung.

Verleiderkatter für dieses Buch ist Abg. Dr. Rugdan (Wp.), § 560 umgrenzt den Kreis der unfallversicherungspflichtigen Personen.

Abg. Severing (Soz.) spricht zu dem Antrage der Sozialdemokraten, der den Kreis über die Vorlage hinaus erweitern will auf alle der Krankenversicherungspflicht unterworfenen Personen, also u. a. auf das ganze Handelsgewerbe, die Dienstboten, alle handwerksmäßigen Betriebe, die ganze Elektrizitätsindustrie, die Moler usw., ferner auf die Schiffbesatzungen und auf die Leitung von Personen und Soden; zum mindesten aber auf die kaufmännischen Betriebe, die Groß- und Schmalwarenbetriebe, sowie auf die Wägenangestellten. Zu einer Fabel im Sinne der Unfallversicherungspflicht soll nach dem Antrage der Sozialdemokraten ein Betrieb schon durch die Beschäftigung von drei Arbeitern gemacht werden.

Die Anträge der Sozialdemokraten werden abgelehnt. Nach Erledigung des § 560 schlägt der Präsident Vertagung vor. Die Rechte und das Zentrum widersprechen. Nach längerem Zweifel entscheidet das Bureau, daß die Mehrheit für Vertagung ist.

Das Buch Unfallversicherung wird weiter beraten, und die dazu gestellten Anträge abgelehnt. Weiterberatung: Mittwoch.

